

Hans-Martin Schönherr-Mann

### Medienbildung als politische Bildung?

2016

<https://doi.org/10.25969/mediarep/1338>

Veröffentlichungsversion / published version

Sammelbandbeitrag / collection article

#### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Schönherr-Mann, Hans-Martin: Medienbildung als politische Bildung?. In: Theo Hug, Tanja Kohn, Petra Missomelius (Hg.): *Medien - Wissen - Bildung. Medienbildung wozu?*. Innsbruck: Innsbruck University Press 2016 (Medien – Wissen – Bildung), S. 55–71. DOI: <https://doi.org/10.25969/mediarep/1338>.

#### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

#### Terms of use:

This document is made available under a Deposit License (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual, and limited right for using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute, or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the conditions of use stated above.

# Medienbildung als politische Bildung?

Hans-Martin Schönherr-Mann

## *Zusammenfassung*

Je nach Politikverständnis spielt die Medienbildung für die politische Bildung eine unterschiedliche Rolle. Bei den zwei demokratischen Modellen hat die politische Bildung mit Partizipation zu tun. Doch nur das Konfliktmodell im Anschluss an Lyotard und Rancière betrachtet Medien und Politik als eine Einheit, so dass Medien- oder politische Bildung letztlich die so medial wie politisch geprägte Wirklichkeit genealogisch und dekonstruktiv hinterfragen und sich nicht wie das Konsensmodell im Anschluss an Rawls und Habermas mit dem öffentlichen Vernunftgebrauch als Aufgabe der politischen Bildung zufrieden geben können, bei dem Medienbildung peripher bleibt. Neoliberal tritt die Ökonomie an die Stelle der Politik, hat auch Medienbildung nur einen ökonomischen Sinn. Ordnungsvorstellungen im Stile Platons – daran anschließend das konservative Denken – oder Politik nach Carl Schmitt und Max Weber als Krieg betrachtet brauchen Medien- und politische Bildung nicht als Förderung der Mündigkeit, sondern der Untertänigkeit, hat für sie Politik nur wenig mit Demokratie zu tun.

## Einleitung

Wozu Medienbildung? Um in der Ökonomie zu bestehen! Um den Alltag in einer medialisierten Welt zu bewältigen! Um privat nicht zu vereinsamen, vielmehr um zu kommunizieren, somit sein Glück zu machen! Um die Früchte der Kultur zu goutieren! Um am Gemeinwesen zu partizipieren! Diese Reihenfolge verbunden mit abnehmender Wichtigkeit dürfte der Wertehierarchie der meisten Zeitgenossen entsprechen, die eine neoliberale Epoche repräsentiert, in dem die Ökonomie nicht nur gegenüber der Politik einen zunehmend hegemonialen Diskurs entfaltet. Colin Crouch sieht darin “eines der ernstesten Symptome für den Anbruch des postdemokratischen Zeitalters, da der Aufstieg der Wirtschaftseliten mit einem Schwinden der kreativen Dynamik der Demokratie einhergeht” (2008, S. 70).

Für jene jedoch, die wie Wolfgang Streeck und Oskar Negt diese Entwicklung für eine Gefährdung des Gemeinwesens halten, könnte sich die Frage *Wozu Medienbildung?* mit *Als politische Bildung!* beantworten lassen, um dadurch dem Prozess der Ökonomisierung zu widerstreiten. Denn so Streeck: “Mit einem demokratischen Staat dagegen ist der Neoliberalismus unvereinbar” (2013, S. 90). Aber lässt sich das Problem so einfach wie allgemein lösen?

# 1. Die Beziehung zwischen Medien- und politischer Bildung

## 1.1. Der Neoliberalismus

Offenbar nicht. Vertreter des Neoliberalismus werden diese Antwort bestreiten: Medienbildung brauchen die Menschen aus ökonomischen Gründen. Da die Neoliberalen den Staat minimieren wollen, ist politische Bildung marginalisierbar und hat mit Medienbildung nichts zu tun. Dann zielt Medienbildung auf ein pragmatisches Wissen und technische Fertigkeiten, die primär ökonomisch verwertbar sind, damit sich die Zeitgenossen stärker für Ökonomie als für Politik interessieren. Medienbildung hätte dann einen entpolitisierenden Sinn, soll nicht politisch, sondern unpolitisch bilden. Das aber wäre die richtige Politik, nämlich Ökonomie als Politik. Dieses Verständnis ist heute weit verbreitet und hat unter anderem zur Ökonomisierung des Bildungs- und Sozialsystems sowie des Gesundheitswesens geführt.

## 1.2. Autoritäre Politikverständnisse

Doch einen ähnlichen Zweck der Medienbildung könnten Vertreter autoritärer Herrschaftsformen propagieren, für die politische Bildung das Ziel hat, den Bürgern zu vermitteln, dass Führung und Einheit für den Erfolg des Staates unabdingbar sind. Daher wird in solchen Regimen kaum von politischer Bildung gesprochen, die nicht auf die Befähigung zur politischen Teilhabe abzielen soll. Dass die Medien dazu ihren Teil beitragen, sollte durch Medienbildung nicht unbedingt hervorgehoben werden. Unter autoritären Regimen hat weder politische noch Medienbildung aufklärenden Charakter. Entweder gibt es das so wenig wie im Neoliberalismus, oder sie verlieren ob ihres affirmativen Charakters ihren politischen, ist das Unpolitische politisch.

## 1.3. Die Konsensdemokratie

Für ein demokratisches Denken, das primär auf Konsens abzielt, soll politische Bildung dagegen über die Funktion demokratischer Institutionen und politische Zusammenhänge aufklären, sowie ein kritisches Denken fördern. Dazu darf man dem Mainstream der Philosophie entsprechend eine analytische Kompetenz addieren, damit der Bürger das politische Geschehen systemadäquat und rational zu verstehen in der Lage ist. Dazu gehört Medienbildung nur soweit, wie sie die wichtige Rolle von Medien und Meinungsfreiheit für die Demokratie vermittelt. Den meisten Vertretern dieses Politikverständnisses reicht es völlig, wenn die Zeitgenossen der medialen Wirklichkeit mit einer objektivierenden Kritik begegnen, die politische Interessen unterscheidet, politische Institutionen nach ihren Funktionen abklopft und die politische Sprache weitgehend so nimmt, wie sie sich zu verstehen gibt. Dazu reichen dann allemal eine Analyse der Fakten und eine kritische Würdigung von Zusammenhängen, nimmt man Medien und Politik weitgehend, wie sie sich selbst präsentieren. Da Medienbildung nicht die Aufgabe hat, die politische und mediale Konstruktion von Wirklichkeit zu analysieren, bleibt sie ein von der politischen Bildung getrennter Bereich.

## 1.4. Die Dissensdemokratie

Wer die Politik indes dissensorientiert begreift, der hinterfragt diese evidenten Zusammenhänge zwischen Medien und Politik: Konstruieren Medien die Wirklichkeit und auf diese Weise auch die Politik? Entfaltet umgekehrt die Politik ihre Macht primär dadurch, dass sie vermittels der Medien das Wirklichkeitsverständnis der Zeitgenossen prägt? Dazu braucht man medientheoretische Zugänge genauso wie konstruktivistische Differenzierungen der medial gestalteten Wirklichkeit, die das Denken der Zeitgenossen prägt. Damit präsentiert sich Medienbildung als politische Bildung.

Marshall McLuhan bemerkte bereits 1967, dass das Medium hintergründig die Wirklichkeit stärker prägt als der Inhalt, den es transportiert: "Das Medium ist die Botschaft. Das Medium ist verborgen der Inhalt offensichtlich. Aber die eigentliche Wirkung rührt vom verborgenen Grund her, nicht von der Figur." (2001, S. 9) Das Medium konstituiert dadurch Wirklichkeit, dass es den Rezipienten anschließt, nicht dadurch dass es Inhalte vermittelt. Was in der medialen Welt inhaltlich passiert, mag Skandale auslösen, entscheidend ist, dass die Zeitgenossen sich freiwillig den medialen Systemen anheimgeben.

## 2. Was ist Politik und welche Rolle spielen die Medien?

Damit ist das Verhältnis von Medien- und politischer Bildung zunächst oberflächlich gemäß gewisser Vorverständnisse umrissen. Aus welchen Hintergründen das jeweils so ist und ob sich dabei begriffliche Schemata verschieben, das gilt es anhand gängiger Politikverständnisse zu untersuchen.

Dazu differenziere ich die Modelle von Politik etwas anders als zuvor. Denn in der Tradition der politischen Philosophie wird vornehmlich aus politischer Perspektive gedacht, nicht aus ökonomischer. So möchte ich auf das platonische Modell der Politik als Polizei oder Verwaltung zurückgreifen; auf das konsensorientierte Modell im Anschluss an Rawls und Habermas; auf das am Krieg orientierte Modell von Carl Schmitt und Max Weber; auf das Konflikt-Modell im Anschluss an Dahrendorf, Lyotard und Rancière. Die beiden ersten Modelle unterstellen, dass sich politische Konflikte durch Ordnungs- und Verfahrensstrukturen lösen lassen. Die letzteren gehen von einem nicht konsentierbaren Konflikt aus. Das dritte Modell will den Konflikt daher gewaltsam beenden. Das vierte will ihn aufrechterhalten und auf verschiedene Weise moderieren.

Beim ersten und beim dritten entfaltet sich Demokratie höchstens in elitärer Perspektive. Das zweite und das vierte betrachten sich selbst als originär demokratisch. Der Neoliberalismus lässt sich dem Platon'schen Modell zuordnen. Denn politische Probleme löst der Neoliberalismus autoritär durch ein bestimmtes Prinzip, das Gesetz des Marktes. In diesem Sinn entspricht er allen monokausal operierenden klassischen Utopien. Die Weisen sitzen dann aber nicht mehr wie bei Platon in den Schaltzentralen der politischen Institutionen, sondern in denjenigen der Konzerne. Neoliberal wäre Platons untere Ebene des Nährstandes die wichtigste, während

sich Wächter und Herrscher in Nachtwächter transformieren, abgesehen davon, dass manche Radikalliberalen die Nachtwächterfunktion des Staates privatisieren möchten.

## 2.1. Politik als Polizei oder Verwaltung

Das Platon'sche Modell geht von einer straffen Ordnung aus, die von erleuchteten Eliten gelenkt wird. Politik besteht nicht aus konfligierenden Interessen, sondern heißt Verwaltung oder Polizei mit einem Programm, das bei Platon bis in die Züchtung der Nachkommenschaft reicht. Es gibt keine Teilhabe der ungebildeten Schicht an dieser polizeilichen Lenkung, was aber die Aufklärung fordert. So kritisiert Leo Strauss 1953, dass bei Hobbes die Bürger selber entscheiden, ob ihr Leben gesichert wird:

“Wenn aber jeder noch so törichte Mensch von Natur aus darüber richten kann, was für seine Selbsterhaltung notwendig ist, dann kann mit Recht alles als für die Selbsterhaltung unerlässlich angesehen werden: alles ist dann von Natur aus gerecht. Wir können dann von einem Naturrecht der Torheit sprechen.” (1977, S. 192)

Daher müssen sich die Bürger nach Strauss von den politischen Eliten lenken lassen. Sie können ihre natürlichen Rechte nicht selber vertreten. Vielmehr werden sie ihnen wie bei Hegel vom Staat gewährt oder entzogen.

Jeder Stand erfährt bei Platon die entsprechende Erziehung, die er zur Ausübung seiner Funktionen benötigt. Politische Bildung betrifft daher nur die führenden politischen Eliten. Ihr Inhalt ist die Philosophie, die Einblick in die wahre Wirklichkeit gewährt, in Platons Reich der Ideen, wie heute in der analytischen Philosophie bei Russell in die “Gewissheit, dass die Tatsachen immer der Logik und der Arithmetik gehorchen werden” (1967, S. 77). Allerdings wären es heute eher die Natur- oder die Rechtswissenschaften. Die Medien sind keinesfalls frei, sondern haben einen Lenkungsauftrag, der auf keine selbstreflexive mediale Bildung abzielt.

## 2.2. Das deliberative Modell der Politik

Ein zweites Politikverständnis denkt wie das platonische von einem allgemeinen Standpunkt aus, genauer universalistisch, ist nicht auf eine bestimmte Ordnung fixiert, sondern stellt diese demokratisch den Beteiligten zum Aushandeln frei, also deliberativ, insistiert aber auf logisch abgeleiteten Grundprinzipien bzw. einem übergreifenden Konsens, was alle vernünftigen Mitglieder einer Gesellschaft akzeptieren. Das hat noch wenig mit Deliberation zu tun. Diese folgt erst danach, wenn es um konkrete politische Probleme geht. Wer sich darauf nicht einlässt – Islamisten, Katholiken, Marxisten, Dekonstruktivisten – der gilt Rawls als unvernünftig.

Für Apel und Habermas produziert die Verbreitung der Vernunft keine bloße Rationalisierung wie für Weber. Da sich die Vernunft sprachlich präsentiert, besitzt sie einen kommunikativen Charakter, der nicht nur ihre Universalität absichert. Vielmehr führt sie zu einer Humanisierung der Lebenswelt. So stellt Habermas fest: “Es gibt keine reine Vernunft, die erst nachträglich sprachliche Kleider anlegte. Sie ist eine von Haus aus in Zusammenhängen kommunikativi-

ven Handelns wie in Strukturen der Lebenswelt inkarnierte Vernunft“ (1985, S. 374). Vernünftige Diskurse befördern den friedlichen Umgang der Menschen miteinander, indem sie sich nicht auf Gewalt stützen, sondern auf die Überzeugungskraft des Arguments. Für Apel liegt darin die transzendente Letztbegründung des vernünftigen Argumentierens, das die Basis des demokratischen Rechtsstaates darstellt. “Die in modernen Rechtssystemen und in den Spielregeln der demokratischen Regierungsform implizierten Moralprinzipien”, so Apel “repräsentieren sogar durchweg ein höheres, postkonventionelles Niveau des moralischen Bewusstseins als das von der Mehrzahl der Bürger erreichte” (1988, S. 364). Die Demokratie beruht daher auf der Philosophie, nimmt die Demokratie nämlich Schaden, wenn in ihr kein öffentlicher Vernunftgebrauch möglich ist, wenn die Vertreter der Vernunft nicht frei über Moral- und Rechtsprinzipien wachen, wie umgekehrt Philosophie sich nur unter der Bedingung der demokratischen Kommunikationsfreiheit entfaltet. In der Politik sind also nicht bloß Rechts- und Naturwissenschaften nötig. In gewisser Hinsicht ist Philosophie durchaus verbreitet, wiewohl sie kleine Spezialistenkreise dominieren und die interessierten Bürger bloße Rezipienten bleiben.

Eine derartige deliberative Demokratie sollte dementsprechend die öffentlichen, d.h. die medialen Diskurse lenken. Denn die Medien haben vor diesem Hintergrund die Aufgabe politischen Konsens zu fördern, politisch zu informieren und auch ein Stück weit zu bilden. Medienbildung klinkt sich hier ein, indem sie darauf abzielt, Nutzungsmöglichkeiten zu eröffnen und über die Rollen der jeweiligen Medien aufzuklären. Der medial und politisch gebildete Bürger wird die politischen Diskurse rationaler gestalten. Medienbildung ist trotzdem nicht mit politischer Bildung gleichzusetzen, denn zu ersterer braucht man keine Philosophie, sondern PC- bzw. Internetkenntnisse und etwas Medienwissenschaften. Trotzdem haben beide die Aufgabe, zu dieser rationalen Lenkung politischer Diskurse beizutragen.

### 2.3. Das Kriegs-Modell der Politik

Oder man versteht Politik primär als irrationalen Konflikt, der sich grundsätzlich auf die Möglichkeit des Krieges bezieht. Die wichtigsten Protagonisten dieses Modells sind Schmitt und Weber: “‘Herrschaft’ soll, definitionsgemäß die Chance heißen, für spezifische (oder: für alle) Befehle bei einer angebbaren Gruppe von Menschen Gehorsam zu finden” (1980, S. 122). Demokratie bedeutet für Weber nur eine gewisse punktuelle Auswahlmöglichkeit der Führung, während die Untertänigkeit den Dauerzustand charakterisiert. Nach Schmitt schreibt der Souverän seinen Untertanen vor, wer öffentlicher Feind ist, und entscheidet über den Ausnahmezustand. Schmitt schreibt: “Der Ausnahmefall offenbart das Wesen der staatlichen Autorität am klarsten. Hier sondert sich die Entscheidung von der Rechtsnorm, und [...] die Autorität beweist, dass sie, um Recht zu schaffen, nicht Recht zu haben braucht” (2004, S. 19). Dieses Politikverständnis schließt politische Partizipation der Bevölkerung oder auch einen öffentlichen Vernunftgebrauch praktisch aus oder reduziert beides auf ein Minimum. Angesichts ständig drohender Konflikte ist das nötig, um Einheit als Voraussetzung des Krieges herzustellen.

Die Medien dienen dabei primär der Propaganda bzw. nehmen Teil an einem impliziten oder expliziten Krieg. Sie werden dementsprechend staatlich kontrolliert und gelenkt. Presse- oder gar Meinungs- und Kommunikationsfreiheit gibt es nicht – man denke an China. Politische

Bildung im demokratischen Sinn ist nicht möglich. Vielmehr gilt für die Untertanen der Satz Jacques Bénigne Bossuets: "Ketzer ist der, der eigene Gedanken hat" (zit. bei Camus 1969, S. 156). Also derjenige, der sich außerhalb der herrschenden Traditionen stellt.

Wenn politische Bildung zur Mündigkeit führen soll – und anderes kann sie unter demokratischen Bedingungen schwerlich bezwecken – dann wäre sie für das Politikverständnis als Krieg kontraproduktiv. Das gilt auch für die Medienbildung. Wie der Zugang zu Bibliotheken in diktatorischen Regimen geregelt ist, so wird der Zugang zum Internet kontrolliert. Hier besteht höchstens eine negative Gemeinsamkeit zwischen Medien- und politischer Bildung. Wenn man von beiden überhaupt sprechen will, dann symbolisieren sie den Naturzustand im Internet, der für Schmitt politisch überall und ständig droht. So ist das Internet heute Teil des Krieges, nicht nur eines Propagandakrieges, ist das Internet nicht bloß im Schmitt'schen Sinn überhaupt Krieg.

## 2.4. Politik als Konflikt

Das vierte Politikverständnis geht wie das dritte davon aus, dass Politik sich dem Konflikt verdankt, der auf der politischen Ebene ausgetragen wird, ohne dass er unbedingt gelöst oder unterdrückt werden müsste. Denn im Unterschied zum dritten Modell ist Gewalt oder Krieg nicht das bestimmende Raster, soll der Krieg vielmehr vermieden werden. Im Unterschied zum zweiten Modell geht es in der Politik nicht um die Herstellung von Konsens, sondern darum, dass Politik sich mit Dissensen einrichtet, ohne dass sie in den Krieg ableiten. Einer der eher konventionellen Wegbereiter eines Konfliktmodells ist der Soziologe Ralf Dahrendorf, allerdings lange vor der Postmoderne-Debatte. Bereits in den sechziger Jahren ärgerte er damit Konservative wie Marxisten, dementierten erstere ein solches Politikverständnis zugunsten einer Einheit, wollten letztere den Konflikt durch Revolution final lösen.

Jean- François Lyotard begründet Politik als Konflikt nicht mit den unterschiedlichen Interessen, sondern mit unterschiedlichen Sprachen, die die an der Politik Beteiligten sprechen und die sich nicht adäquat ineinander übersetzen lassen: "die Politik ist die Drohung des Widerstreits." (1987, S. 230) Dabei gibt es für Lyotard auch Diskurse, die nach Hegemonie streben, heute primär die Ökonomie. Doch im Gegensatz zu Neoliberalen wie Marxisten kann sich eine solche Hegemonie nicht nachhaltig durchsetzen, weil sie die sprachlichen Differenzen nicht aufzuheben vermag.

Mag dergleichen etwas mechanistisch klingen. Jacques Rancère betrachtet Politik als einen sprachlichen Konflikt zwischen Ausgeschlossenen und Eingeschlossenen, bei dem die reale oder vermeintliche Sprachkompetenz die entscheidende Rolle spielt. Politik ist für Rancière nicht Verwaltung, sondern passiert, wenn Ausgeschlossene Anspruch auf Teilhabe erheben, wenn sie sich Gehör verschaffen, damit ihre Aussagen Anerkennung finden. Rancière schreibt: "Es gibt Politik, weil diejenigen, die kein Recht dazu haben, als sprechende Wesen gezählt zu werden, sich dazuzählen und eine Gemeinschaft dadurch einrichten, dass sie das Unrecht vergemeinschaften, das nichts anderes ist als der Zusammenprall selbst, der Widerspruch der zwei Welten, die in einer einzigen beherbergt sind" (2002, S. 38).

Daraus folgt beinahe von selbst, dass Bildung Teil der Politik ist. Denn um gehört zu werden, muss man sich Gehör verschaffen. Das gelingt häufig durch Gewalt, manchmal durch außerinstitutionelle Formen der politischen Partizipation, die gewaltlos zumeist nur dann gelingen, wenn sich die Teilnehmer um originelle Kommunikationsformen bemühen. Die gängige politische Bildung soll die herrschende politische Ordnung stabilisieren, also primär im Sinn des deliberativen Modells. Politische Bildung zum Zwecke linguistischer Involution öffnet indes Türen der Teilhabe für jene, die keine Stimme haben, nicht gehört werden und die daher lernen müssen, sich auf vielfältige Weise auszudrücken.

Als Sprachrohr der Inkludierten verteidigen die Medien den Status quo, indem sie die Involution der Exkludierten verhindern. In diesem Sinne nehmen sie Teil an einem verwaltenden Diskurs und versuchen zu vermeiden, dass dieser sich in einen Konflikt transformiert, also politisch wird. Aber die Exkludierten müssen ihre Ansprüche auf Involution selbstredend medial generieren, müssen sie kommunizieren. Dann heißt politische Bildung allemal Medienbildung, lassen sich bei diesem vierten Konfliktmodell beide kaum voneinander trennen.

### **3. Politik als Produkt von Medien: Sprache und Massenmedien**

Damit stellt sich die Frage, welche Rolle die Medien unter diesen verschiedenen Perspektiven in der Politik spielen. Daraus sollte sich das Verhältnis von Medien- und politischer Bildung klären lassen, vor allem ob dabei begriffliche Verschiebungen stattfinden. Als mögliche vierte Gewalt treten die Medien heute einerseits in den Kreis der politischen Institutionen ein, um dadurch gleichzeitig aus der Politik ausgegrenzt zu werden. Journalisten sind keine Politiker und die modernen Massenmedien werden als ein eigener Bereich verstanden, der von der Politik möglichst nicht beeinflusst werden soll, wie umgekehrt seit langem die Klage ertönt, die Demokratie verkomme zur Mediendemokratie.

#### **3.1. Die Medien der Sprache und der Schrift**

Der Schein trägt. Dass Politik nämlich medial verfasst ist, gerät just im Zeitalter der Massenmedien in Vergessenheit, bzw. wird metonymisch verdrängt. Politik beruht, wie es Aristoteles formulierte, auf der Sprache, die nicht nur wie bei den Tieren Lust und Schmerz ausdrückt: "die Sprache dagegen dient dazu, das Nützliche und das Schädliche mitzuteilen und so auch das Gerechte und Ungerechte" (1973: 1253 a 9-18). Der Mythos von Ödipus berichtet von der Stiftung der Polis als ein Akt des Rätsellösens, nämlich das der Sphinx, damit das der Herkunft, der Erinnerung, der Teilhabe. Ohne den Mythos bliebe die Sprache auf der Ebene der Tiere. Ohne Berichterstattung, ohne Homer keine Ilias und keine Odyssee, keine Polis. Diese verdankt sich Königen und Bürgern, die sich um ihre Probleme kümmern, indem sie darüber kommunizieren. Damit gründet die Politik auf dem Medium Sprache wie auf der Schrift, die Erinnerung, Problemstellung und die Zukunft als Antizipation erst möglich machen. Geschehnisse müssen in Worte gefasst, aufgeschrieben werden, damit sie nicht in Vergessenheit gera-



ten und damit man aus ihnen für die Zukunft lernen kann. So bemerkt Arendt: “Betrachtet man die Dinge der Welt vom Gesichtspunkt ihrer Dauerhaftigkeit, so ist offenbar, dass Kunstwerke allen anderen Dingen überlegen sind” (2000, S. 289). Dass Politik dadurch über Jahrtausende eine elitäre Angelegenheit bleibt, versteht sich beinahe von selbst. Ohne Bildung kann man nicht an der Politik teilnehmen und die meisten Menschen waren Jahrtausende lang Analphabeten. Über die Schrift verfügen wie bei Platon und Aristoteles nur die Eliten, während die Plebejer namenlos, schriftunkundig und beinahe sprachlos bleiben, die Sprache zwar verstehen, sich ihrer aber nicht politisch angemessen bedienen können.

### **3.2. Die Entstehung der Massenmedien**

Das Modell ändert sich durch das Christentum keineswegs. Es herrscht eine Elite der Schriftgelehrten, die mit dem Adel als militärischem Arm und geschäftstüchtigen Patriziern um die Vorherrschaft ringt. Mit dem Buchdruck um 1450 verbreitert sich die Möglichkeit politischer Partizipation. Flugschriften und Zeitschriften öffnen im 18. Jahrhundert weiteren Kreisen die Teilhabe an der Bildung, die bis ins 19. Jahrhundert zu einer allgemeinen Schulpflicht avanciert. Doch das Schulsystem differenziert sich immer weiter aus. Teilhabe an der Sprache ist nicht automatisch Teilhabe an der Information, zu der es Buch und Zeitung braucht – das erste Massenmedium, das zumindest den Anschein erweckt, dass damit niemand mehr ausgeschlossen würde. Die Sozialbewegung des 19. Jahrhundert erkennt die Notwendigkeit der Arbeiterbildung.

Abgesehen davon, dass Bildung auch seit dem Zeitalter der Aufklärung die soziale Hierarchie keinesfalls milderte, transformiert sie sich in ein von ökonomischen und nicht von politischen Bedürfnissen gelenktes System, das seine politischen Ein- und Ausschlussverfahren differenzierend verschärft. Wenn sich die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter öffnet, dann verhindert das sich ausdifferenzierende Bildungssystem Involution. Andererseits tritt zwischen Politik und Bevölkerung ein Stand der Journalisten, die professionell Politik beobachten und darüber berichten. Seither präsentiert sich Politik als eine von Journalisten erzählte Politik, was ihre Medialität nicht erzeugt, höchstens verschleiert und den Anschein erweckt, als unterscheidet sich eine wahre Politik von einer medialen.

### **3.3. Die Zentrierung von Radio und Fernsehen**

Dieser medialisierte Charakter intensiviert sich durch die Funkmedien und durch das Internet. Die klassischen Massenmedien wirken zentrierend. Sie werden von einer Berufsgruppe getragen und senden ihre Produkte an die Bevölkerung, die ihrerseits darauf höchstens einen indirekten Einfluss ausübt, in ihnen aber nicht selber zu Wort kommt. Sprachkompetenz, Bildungszertifikate und ökonomische Relevanz erlauben bestimmten Bevölkerungsgruppen Einfluss auf Medien und Politik zu nehmen. Andere werden höchstens durch die weitverbreiteten Meinungsumfragen indirekt berücksichtigt oder ihr Verhalten wird im Internet beobachtet. Dergleichen Ein- und Ausschlussverfahren lenken die Subjektivierungsprozesse. Zu einer

Involution führen sie nicht, sondern verkleinern die Gruppe derjenigen, die überhaupt Beachtung findet. So bemerkt Chomsky:

“Eine Partizipation der Bürger an den Medien würde als Beschneidung der Pressefreiheit, als Schlag gegen die Unabhängigkeit der Medien betrachtet, der diese nur bei der Erfüllung der von ihnen übernommenen Mission, unerschrocken und unparteiisch die Öffentlichkeit zu informieren, behindern würde.” (Chomsky 1999, S. 79)

Große Gruppen der Armen werden nicht als Subjekte behandelt, sondern nur als Objekte. An der Politik – verstärkt durch die Massenmedien – haben sie keinen Anteil. Für das Ordnungs- und das Kriegsmodell stellt diese Sachlage die der Politik angemessene Struktur dar. Im Angesicht des *Kinsey-Reports*, dem Helmut Schelsky eine die sittliche Ordnung “erschütternde und verderbliche Wirkung” (1955, S. 7) zuschreibt, fordert er, dass die Sexualmoral in der Öffentlichkeit nicht diskutiert werden dürfte. Das deliberative Modell indes passt zu einer Demokratie, die sich auf die klassischen Massenmedien stützt, während die neuen Internet-Medien den politischen Institutionen größere Schwierigkeiten bereiten, Diskurse zu lenken. Zwar schließt das deliberative Modell Diskurse in der Bevölkerung nicht völlig aus. Politisch einflussreich bleiben primär die Diskurse unter den Experten.

### 3.4. Die Peripherieorientierung des Internet

Obleich das Internet massive Kontrollmöglichkeiten erlaubt, obgleich es sich zudem in einer Art Naturzustand befindet, so unterscheidet es sich doch von den modernen Massenmedien durch seine fehlende Zentriertheit bzw. seine Peripherieorientierung. Im Internet kann jeder, der zumindest über den technischen Standard verfügt, öffentlich die Stimme erheben bzw. etwas publizieren, das von allen Angeschlossenen wahrgenommen werden kann und auf das öffentliche Antworten möglich sind. Hier öffnen sich ansatzweise gewisse Ausschließungssysteme, so dass Ausgeschlossene Ansprüche auf bisher nicht zugelassene Anteile erheben können. Das ist die demokratische Dimension, die von vielen Internetaktivisten als neue politische Freiheit gefeiert wird. Zumindest erlaubt sie neue Formen der Politik oder gemäß des Konfliktmodells überhaupt Politik dort, wo sie bisher nicht möglich war.

So bestätigt sich, dass es der Medienbildung in Sinne des Konfliktmodells darum geht, nicht nur seine eigene Mündigkeit zu entwickeln, sondern Ansprüche auf Teilhabe geltend zu machen, sich um Involution zu bemühen. Das verbindet im Konfliktmodell Medienbildung und politische Bildung, während sie im Konsensmodell als verschiedene Bereiche erscheinen, die sich gegenseitig ergänzen.

## 4. Wer wird politisch oder medial gebildet?

Der Blick auf die Mediengeschichte zeigt, dass Ordnungs- und Kriegsmodell auf dem medialen Auge blind sind, und dass selbst das Konsensmodell zur Medienvergessenheit beiträgt. Trotzdem könnte Medienbildung für die politische Bildung irrelevant sein, weil der politisch zu bildende Mensch eine entsprechende Anlage hat, die es zu fördern gilt, ohne dass man die Medien besonders berücksichtigen muss. Wie zeigt sich das Verhältnis zwischen Medien- und politischer Bildung im Hinblick auf den zu bildenden Menschen? Welche Subjektivierungsprozesse finden statt und welche Rückwirkungen hat das auf das Verhältnis von Medienbildung und politischer Bildung?

### 4.1. Die Ungleichheit der Menschen

Wer wird also gebildet? Mit der banalen Antwort ‚der Mensch‘ ist der Frage nicht beizukommen. Denn die verschiedenen Politikmodelle verstehen darunter nicht dasselbe. Das polizeiliche Ordnungsmodell Platons rekuriert auf die Unterschiedlichkeit der Menschen. Die Natur des Menschen bestimmt die Struktur des Staates. Die richtige politische Ordnung orientiert sich daran, dass der Mensch seine Natur erfüllen soll. Jedem steht das Seinige zu, also die Realisierung seiner Fähigkeiten, die ihn seinem Stand zuordnet, dem der Ernährer, der Wächter oder der Lehrer. Nur letztere benötigen eine politische Bildung, die indes schon zu Zeiten Platons eine Medienbildung bedeutet, nämlich der Sprache und der Schrift, was zum Einblick in die Ideen führen soll, also in Begriffe, mit denen man die Welt begreift. Nur dass sich Platon dessen nicht bewusst war.

Übersetzt in die Moderne folgt daraus, dass nur die Eliten politische Bildung benötigen, was implizit eine entsprechende Medienbildung bedeutet. Die Ordnung beruht auf unterschiedlichen sozialen Rollen. Involution der von der Politik Ausgeschlossenen ist damit nicht gemeint. Die arbeitenden Klassen sollten das Internet wie auch andere Bildungsangebote nur dazu nutzen, ihre beruflichen Qualifikationen zu verbessern und sich von ihm wie von den anderen Medien unterhalten zu lassen, was indirekt eine politische Funktion entfaltet: Medien dienen dazu, dass sich die jeweilige Natur des Individuums realisiert – in welcher sozialen Lage auch immer, der sie sich auch verdankt. Das wäre dann im ökonomischen Sinn für den Neoliberalismus die Aufgabe der Medienbildung die derart mit der politischen Bildung in eins fiel. Neoliberal ist die Ökonomie die wahre Politik.

### 4.2. Der Mensch als Zuchtwesen

Im Kriegsmodell Carl Schmitts spielt die Anthropologie eine ähnliche Rolle wie bei Platon oder Strauss. Der Mensch ist gefährdet und gefährlich zugleich und muss daher diszipliniert werden. Arnold Gehlen betrachtet den Menschen gar als Mängelwesen, dem man durch Autoritäten, Institutionen und Technik unter die Arme greifen muss. Er verstärkt diese Lenkung durch eine Züchtung. Damit befindet er sich gleichfalls in der Nähe Platons, der ja Züchtungsphantasien entwickelt, von denen nur die weisen Herrscher wissen, nicht aber das gezüchtete

Volk, das sich bewusst schwerlich gerne Züchtungsexperimenten aussetzt. Eine mediale Verschleierung ist folglich nötig: die Hochzeitsfeste Platons, bei denen die Paare durch gezinkte Lose zusammengeführt werden. “Es scheint, dass unsere Herrscher allerlei Täuschungen und Betrug werden anwenden müssen zum Nutzen der Beherrschten” (Platon 1958, 459c). Medienbildung heißt dann, den Medien glauben lernen. Und wenn Krieg Politik ist, dann dient eine solche Form der Medienbildung wiederum der politischen Bildung, kennen beide nur einen Zweck, nämlich Glaube an die Führung sowie an die von dieser vertretenen Ideologie. Also mediales Einüben in Nationalismus oder Sozialismus.

### 4.3. Der Mensch als vernünftiges Wesen

Für das deliberative Modell lässt sich eine ganze Reihe von Anthropologien anführen. Rawls bestimmt den Menschen durch Vernunft und: “Die Fähigkeit zu einem Gerechtigkeitssinn (...) dürfte eine Bedingung der Gemeinschaftsfähigkeit des Menschen sein.“ (1979, S. 247) Bei Apel und Habermas beseelt den Menschen die Sprache mit ihrem kommunikativen Wesen, was Michael Tomasello noch durch Primatenforschung untermauert: “Die Frühmenschen wurden an einem bestimmten Punkt durch ökologische Umstände zu kooperativeren Lebensweisen gezwungen [...]” (2014, S. 18), weil diese ihnen einen höheren Nutzen brachten – fast schon der *Homo oeconomicus*, durchaus im Stil des Moralphilosophen Adam Smith.

Damit erhält die kritische Philosophie einen Rousseau’schen Grundzug: der Naturmensch ist freundlich und technisch geschickt, nur dass diese Vernunft bei Rousseau noch keinen moralischen Charakter entfaltet. Beinahe ist die Natur ja die eigentliche Moralität, die Kooperationsbereitschaft, will der Wille durch Natur das Gute für den Körper, will der Gemeinwille, “der immer auf die Erhaltung und auf das Wohlbefinden des Ganzen und eines jeden Teiles zielt,” (1977, S. 15) das Gute und das Richtige für das Gemeinwohl. Der Naturmensch lässt sich zwar nicht mehr wiederherstellen, bleibt aber die Richtschnur, hat Rousseau dementsprechend eine Naturnähe der Kindheit entdeckt und macht das Kind zum Orientierungspunkt des Pädagogen. Damit löst er zugleich die Grundfrage jeder Erziehungsdiktatur wie bei Platon: Wer erzieht den Erzieher? Das Kind! Oder die Naturanlage des Menschen, nämlich seine Vernunft und sein Sinn für Gerechtigkeit bzw. die Kommunikativität der Sprache. Im Grunde hat das bei A.S. Neill und bei Ivan Illich ihre radikalsten Vertreter gefunden: Man schaffe die Schule ab und unterstelle, dass das kulturell unverbildete Kind schon selber weiß, was gut und richtig ist.

Auf solche Experimente mit unsicherem Ausgang wollen sich die Vertreter der deliberativen Politik nicht einlassen, rekurrieren lieber auf ein bürgerliches Bildungsideal, hat Habermas ja sein Basis-Argument vom zwanglosen Zwang des besseren Arguments im Salon des 18. Jahrhunderts entdeckt. Hier liegt sein Problem. Wer spricht, “hat als Argumentierender“, so Apel, „die Voraussetzung der unbegrenzten kritischen Kommunikationsgemeinschaft immer schon implizit anerkannt“ (1973, S. 222). Das kommunikative Modell von Apel und Habermas setzt damit den Salon als eine ideale Kommunikationsgemeinschaft voraus, das den allseits gebildeten Menschen im Stile von Goethes *Wilhelm Meister* braucht.

Oskar Negt geht daher lieber von einer negativen politischen Anthropologie aus: Anders als Aristoteles bemerkt er: "Kein Mensch wird als politisches Lebewesen geboren," (2010, S. 13) muss er zum politischen Wesen erst gebildet werden, braucht politische Bildung. Dass diese mit Medienbildung zu tun hat, daran denkt Negt nicht, appelliert er vielmehr an den Begriff des Gemeinwesens, wie ihn Rousseau prägte. Politische Bildung will Negt in allen Alterskohorten zur Pflicht zu machen.

#### **4.4. Der Mensch als das, wie er erscheint**

Das Konfliktmodell unterstellt im Anschluss an Foucault keine Anthropologie. "Der Mensch, [...] zu dessen Befreiung man einlädt, ist bereits in sich das Resultat einer Unterwerfung" (Foucault 1976, S. 42). Es gibt keine Natur des Menschen, um sich an einer solchen zu orientieren, selbst wenn man damit nur einen vernünftig und moralisch beseelten meint – ein Verständnis, wie es die Aufklärung benutzte, um sich gegen eine klerikal adlige Weltanschauung zu wehren – und zwar mit deren Muster, wird an die Stelle Gottes die Natur gesetzt und ansonsten genauso universal und moralrigoristisch weiterargumentiert.

Wenn Politik nach Rancière stattfindet, wenn Ausgeschlossene Ansprüche der Involution erheben, formulieren sie diese in einer verpönten Sprache, am falschen Ort zur falschen Zeit. Vor allem werden sie von Leuten ausgesprochen, denen die Politik das verweigert. Doch sie lassen sich nicht vorschreiben, was sie sagen dürfen. Das impliziert im Stil des Existentialismus die Mündigkeit des Individuums, und zwar nicht weil es vernünftig und moralisch ist, also schon anerkannt wäre, sondern weil es in der Lage ist, sich zu wehren. "Eine der wenigen philosophisch stichhaltigen Positionen ist demnach die Auflehnung." (Camus 1959, S. 49)

Damit versucht Medienbildung dem Menschen zu helfen, wie er erscheint, wie ihn die Sozialisierungs- und Disziplinarmechanismen geprägt haben. Politische Bildung als Medienbildung muss im Sinne partizipatorischer Demokratie sowie im Zeitalter von Individualisierungsprozessen diesen mündigen Bürger stärken, der sein Leben emanzipiert selber in die Hand nimmt, sich seine eigenen Moralvorstellungen wählt und sich derart zum Subjekt macht. Medienbildung als politische Bildung sollte zu einer politischen Lebenskunst beitragen, nicht zu einer Unterordnung unter welchen höheren Zweck auch immer.

Dadurch macht das Individuum sich selber zum politischen Subjekt und dazu müsste politische Bildung beitragen. Dass es dabei in einem starken Maße um Medienbildung geht, versteht sich von selbst, weil Politik im Sinn von Hannah Arendt Kommunikation ist, die immer schon via Medien geschieht. Ergo ist politische Bildung Medienbildung.

### **5. Was wird medial politisch vermittelt?**

Der Blick auf die Anthropologie zeigt, dass Ordnungs-, Kriegs- und Konsensmodell auf dem medialen Auge blind sein dürfen, weil sie einen idealen Menschen voraussetzen, der die Medi-

enbildung als politische Bildung nicht braucht, oder der gar keine politische Bildung braucht oder politische heißt ökonomische Bildung. Die Medien- und Sprachvergessenheit der Politikwissenschaft im Allgemeinen hat hier ihre Hintergründe. Aus dem Politikverständnis und dem Menschenbild ergibt sich das Verhältnis zwischen der Medienbildung und der politischen Bildung entweder als enge Verbindung bis hin zur deutlichen Trennung. Spiegelt sich dieses Szenario in den Strukturen und Gehalten von Medien- und politischer Bildung?

### 5.1. Die Rollenbildung

Wenn es um Ordnung und Krieg geht, dann muss die politische Bildung darauf abzielen, dass der Bürger die Rollen einübt, die ihm die Tradition vermittelt, die nötig sind um die Ordnung aufrechtzuerhalten oder damit kämpfende Gemeinschaften ihre Kriege erfolgreich bestehen. MacIntyre formuliert das folgendermaßen: “Denn nach dieser <der klassischen> Tradition bedeutet ein Mensch zu sein, eine Vielzahl Rollen einzunehmen, die alle ihr Ziel und ihren Zweck haben: Familienmitglied, Bürger, Soldat, Philosoph, Diener Gottes” (1995, S. 85). Die einzelnen Rollen lernt man natürlich woanders. Medien- wie politische Bildung aber vermitteln, dass man sich im Einklang mit dem Wesen des Menschen befindet.

So warnt Voegelin vor der Pressefreiheit in der Demokratie bzw. den medialen Verführern, die vom Glauben an die rechte Ordnung abbringen: “die größte Gefahr für eine lebensfähige Restauration europäischer geistiger Ordnung sind die Massenkommunikationsmittel: [...] weil sie [...] die Bevölkerung in der breiten Masse von allem, was geistige Problematik der westlichen Welt ist, abtrennen” (1996, S. 33). Daher geht es um Gehorsam bzw. Untertänigkeit und Opferbereitschaft neben solchen Qualitäten wie Gesundheit und körperliche Stärke sowie eine Portion technischer Intelligenz, also soldatische Eigenschaften und Tugenden. Dementsprechend bemerkt Ernst Jünger: “Die Technik, das heißt: die Mobilisierung der Welt durch die Gestalt des Arbeiters” (1982, S. 161). Der Krieg verlangt die totale Mobilisierung der Menschen, der Technologien und der Ressourcen, werden heute Kriege nicht mehr nur vom Mut, sondern von der fortgeschrittenen Medientechnologie entschieden. Das hat für Kittler eine lange Vorgeschichte: “Anstelle der selbständigen, aber ferngesteuerten Offiziere in UKW-Panzern oder U-Booten setzte der Weltkrieg selbstgesteuerte Maschinen: Computer, Raketen, Waffensubjekte. Und der Weg zu Star Wars war vorgezeichnet” (2004, S. 75). Ob das dann mit einem Schuss Sozialismus oder nur mit Nationalismus versetzt wird, bleibt sich beinahe schon gleich.

So gehören Medien zu den wesentlichen Vermittlern solcher Einstellungen, dürfen sie weder kritisch hinterfragt werden, noch dürfen Bürger solche Informationen technisch umgehen. Medienbildung, wenn man überhaupt davon redet, heißt höchstens, die im Sinne des Systems guten Medien von den schlechten zu unterscheiden, und sich auf erstere genauso zu verlassen wie auf die politische Führung. Neoliberal heißt das, dass Bildung nicht mehr als Ausbildung bedeutet, die Ökonomie die Rolle der Politik übernimmt, also Wirtschaftslehre und Informatik in der Schule an die Stelle von Philosophie und Literatur treten, so dass die Zeitgenossen ökonomische Interessen mit politischen gleichzusetzen lernen.

## 5.2. Der öffentliche Vernunftgebrauch

Politische Bildung im Sinn des deliberativen Politikverständnisses rekurriert nach Habermas auf Philosophie im Sinn einer rationalen Universalwissenschaft. Das zielt auf die Vermittlung von moralischen Normen und politischen Werten sowie auf Einsichten in die objektive Wirklichkeit, unterstellt Habermas, dass "ein stets gefährdeter demokratischer Diskurs auch von der Wachsamkeit und Intervention dieses öffentlichen Hüters der Rationalität abhängt" (1999, S. 331). Dabei spielen die Medien nur eine vermittelnde Rolle, kommt es wie in den Ordnungsmodellen darauf an, dass Bürger die Medien denn auch richtig zu nutzen verstehen, gelten hier wie in den beiden anderen Modellen Medienbildung und politische Bildung als zwei verschiedene Bereiche.

So müssen nach dem deliberativen Modell die medialen Diskurse rationalisiert werden, wozu die politische Bildung beiträgt, die auch im Internet zu einem öffentlichen Vernunftgebrauch befähigen soll. Philosophische, journalistische und politische Eliten lenken die Art der Teilhabe, worauf sich die Teilnehmer leichter einlassen, wenn sie solche Formen in den Schulen und an den Universitäten eingeübt haben. Das impliziert zwar die Medialität der politischen Bildung, gilt diese Medialität einem kritischen Denken eher als gefährlich für den rationalen Diskurs, der stattdessen auf die Anerkennung von demokratischen Institutionen und sozialstaatliche Regelungen abzielt, die Apel ja als vernünftiger gelten als der einzelne Bürger. Somit trägt diese kritische Medienbildung heute zur Medienvergessenheit bei.

Primär heißt politische Bildung, den öffentlichen Vernunftgebrauch einzuüben. Der Bürger soll lernen, besonders in der Öffentlichkeit vernünftig zu argumentieren, damit er auf der politischen Ebene ernst genommen wird. wozu Rawls einen Ratschlag gibt: "Als Probe aufs Exempel, ob wir der öffentlichen Vernunft folgen oder nicht, mögen wir uns von Fall zu Fall fragen, wie unsere Argumente erscheinen würden, wenn sie in einem Verfassungsgerichtsurteil stünden. Vernünftig, haarsträubend oder wie sonst?" (1998, S. 362)

Dazu soll der Bürger einiges politische und philosophische Wissen erwerben, damit er im Sinn des öffentlichen Vernunftgebrauchs richtig argumentiert. Das birgt ein kritisches und reflexives Potential, hinterfragt aber die Vernunft selbst so wenig wie die Objektivität der Wirklichkeit, die von den Naturwissenschaften begründet wird. Doch allein schon der Hinweis auf die Öffentlichkeit impliziert, dass ein solcher Vernunftgebrauch nicht ohne Medien möglich ist, nur innerhalb derselben stattfindet, wie es schon Habermas' sprachliche Kleider der Vernunft anzeigen. Zumindest braucht eine kritische politische Bildung eine entsprechend kritische Medienbildung, wiewohl beide deren interne Zusammenhänge nicht weiter hinterfragen. Implizit also beherbergt die kritische politische Philosophie doch eine enge Verbindung von Medien- und politischer Bildung.

## 5.3. Widerständigkeit und Mündigkeit

Medienbildung als politische Bildung heißt damit jedoch nicht, dass sich das Individuum auf die Philosophie verlassen könnte, denn jede heutige Form der Bildung wie der Lehre entfernt

sich immer weiter von philosophischen Ansprüchen, spielt die Philosophie in den Wissenschaften eine immer geringere Rolle. Das ist die Situation, nachdem in den letzten Jahrzehnten in weiten Teilen der westlichen Welt die analytische oder die kritische Philosophie die Universitäts-, Verlags- und Feuilletonphilosophie beherrscht.

Diesen Horizont muss Medienbildung als politische Bildung überschreiten, und zwar in Richtung von Medientheorien, Literaturwissenschaft, Psychoanalyse und von philosophischen Randgängern, die Perspektiven einer anderen Politik entwerfen und die medial wie politisch vermittelte Wirklichkeit hinterfragen. Wer in diesem Sinn weiterdenkt, für den sich die Aufklärung nicht in der kommunikativen Vernunft vollendet, weil diese entweder den Prozess der Ökonomisierung nicht einzudämmen vermag, oder weil sie Herrschaft nicht abbaut, sondern weiter ausdifferenziert, weil der Universalismus der Vernunft keine Humanisierung, sondern nur eine Rationalisierung bedeutet, wer also den Gedanken einer zweiten, postmodernen Aufklärung denkt, wird im Hinblick auf eine politische Aufklärung, also Bildung, die Struktur der medial geprägten Wirklichkeit hinterfragen. Für Vertreter des Konfliktmodells fallen derart politische Bildung und Medienbildung zusammen.

Dabei geht es dann primär um ein genalogisches, archäologisches oder dekonstruktives Hinterfragen, dass Macht und Medien nicht nur auf der institutionellen Ebene zusammengehören, sondern auch auf der mikrologischen Ebene. Es geht um eine konstruktivistische Differenzierung der medial wie politisch erzeugten Strukturen der Wirklichkeit, somit um die Einsicht darin, dass Wirklichkeit und Objektivität nichts unveränderlich Vorliegendes sind, sondern Konstrukte, die zwar nicht beliebig veränderbar sind, aber durchschaubar und an denen daher das Individuum drehen kann. Wie bemerkt Foucault: "Aber umgekehrt ist die Freiheit der Individuen, verstanden als Herrschaft, die sie über sich selber auszuüben vermögen, unabdingbar für den ganzen Staat." (1989, S. 105)

Bildung darf sich nicht einen bestimmten Typus als Zielvorstellung vornehmen, nicht Rawls Menschen mit einem ausgewogenen Lebensplan, nicht einen Menschen, der sich seine moralischen Grundsätze vorschreiben lässt, beispielsweise jene der idealen Kommunikationsgemeinschaft. Das Individuum muss vielmehr lernen, sich selbst zu regieren, was erstens ein Individuum voraussetzt, wie es durch die Disziplinarmechanismen konstituiert ist, das trotzdem nicht hilflos Produkt derselben bleiben muss, sondern daran Anteil nimmt, anstatt sich nur selbst zu wiederholen, gelegentlich abzuweichen. Oder um es in den Terminologien der Aufklärung zu formulieren, Medienbildung als politische Bildung muss dazu beitragen, dass das Individuum seine Mündigkeit entwickelt bzw. einsieht, dass es daran ob seiner Fähigkeit zum Widerstand selbst gegen totalitäre Mächte einen eigenen relevanten Anteil hat, dass ihm nicht nur Rechte vom Staat verliehen werden, sondern dass es diese erkämpfen kann. Dass es sich folglich nicht von den Medien die Wirklichkeit konstruieren lassen darf, sondern sich Einblick in solcherart Konstruktionen verschafft, um seinerseits daran zu drehen.



## Literatur

- Apel, Karl-Otto (1988): *Diskurs und Verantwortung – Das Problem des Übergangs zur post-konventionellen Moral*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- ders. (1973): *Transformation der Philosophie* Bd. 2. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Arendt, Hannah (2000): Kultur und Politik. In: dies.: *Zwischen Vergangenheit und Zukunft – Übungen im politischen Denken I*. 2. Auflage, München: Piper (zuerst 1958).
- Aristoteles (1973): Politik. München: dtv.
- Camus, Albert (1969): *Der Mensch in der Revolte*. Reinbek: Rowohlt (frz. Org. 1951).
- ders. (1959): *Der Mythos von Sisyphos*. Hamburg: Rowohlt (frz. Org. 1942).
- Chomsky, Noam (1999): *Sprache und Politik*. Berlin, Mainz: Philo (engl. Org. 1988).
- Crouch, Colin (2008): *Postdemokratie*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp (engl. Org. 2004).
- Foucault, Michel (1989): *Der Gebrauch der Lüste – Sexualität und Wahrheit 2*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp (frz. Org. 1984).
- ders. (1976): *Überwachen und Strafen – Die Geburt des Gefängnisses*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp (frz. Org. 1975).
- Habermas, Jürgen (1985): *Der philosophische Diskurs der Moderne*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- ders. (1999): *Wahrheit und Rechtfertigung*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Jünger, Ernst (1982): *Der Arbeiter*. Stuttgart: Klett Cotta (zuerst 1932).
- Kittler, Friedrich (2004): Alan Turing. In: ders.: *Unsterbliche*. München: Fink.
- Liotard, Jean-François (1987): *Der Widerstreit*. München: Fink (frz. Org. 1983).
- MacIntyre, Alasdair (1995): *Der Verlust der Tugend – Zur moralischen Krise der Gegenwart*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp (engl. Org. 1981).
- McLuhan, Marshall (2001): *Das Medium ist die Botschaft – The Medium is the Message*. Dresden: Fundus (engl. Org. 1967).
- Negt, Oskar (2010): *Der politische Mensch – Demokratie als Lebensform*. Göttingen: Steidl.
- Platon (1958): *Politeia*. Werke Bd. 3, Hamburg: Rowohlt.
- Rancière, Jacques (2002): *Das Unvernehmen – Politik und Philosophie*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp (frz. Org. 1995).

- Rawls, John (1979): *Eine Theorie der Gerechtigkeit* (1971). Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- ders. (1998): *Politischer Liberalismus* (1993). Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Rousseau, Jean-Jacques (1977): *Abhandlung über die Politische Ökonomie* (1755), Politische Schriften Bd. 1, Paderborn: UTB.
- Russell, Bertrand (1967): *Probleme der Philosophie* (1912). Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Schelsky, Helmut (1955): *Soziologie der Sexualität – Über die Beziehungen zwischen Geschlecht, Moral und Gesellschaft*. Hamburg: Rowohlt.
- Schmitt, Carl (2004): *Politische Theologie - Vier Kapitel zur Lehre von der Souveränität*. 8. Auflage, Berlin: Duncker & Humblot (zuerst 1922).
- Strauss, Leo (1977): *Naturrecht und Geschichte*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp (zuerst 1953).
- Streeck, Wolfgang (2013): *Gekaufte Zeit – Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus*. Berlin: Suhrkamp.
- Tomasello, Michael (2014): *Eine Naturgeschichte des menschlichen Denkens*. Berlin: Suhrkamp.
- Voegelin, Eric (1996): *Die geistige und politische Zukunft der westlichen Welt* (1959). München: Voegelin-Archiv.
- Weber, Max (1980): *Wirtschaft und Gesellschaft*. 5. Auflage, Tübingen: Mohr, Siebeck (zuerst 1925).